Publikation der Schweizerischen Volkspartei Baar

Ausgabe Januar 2022

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

aktuell

www.svp-baar.ch

NEIN zu gekauften Medien

Liebe Baarerinnen
Liebe Baarer

Am 13. Februar stimmen wir zum ersten Mal im Jahr 2022 ab. Unter anderem steht das «Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien» (Mediengesetz) auf dem Abstimmungszettel. Das Gesetz sieht vor, dass die privaten Schweizer Medien neu mit bis zu 178 Millionen Franken pro Jahr vom Staat subventioniert werden sollen. Dies klingt auf den ersten Blick alles sehr verlockend, ist aber komplett falsch.

Gerade grosse Medienkonzerne, wie zum Beispiel die Tages-Anzeiger-Gruppe, würden mit diesem Gesetz vom Staat abhängig gemacht. Eine sachliche und unbefangene Berichterstattung würde damit der Vergangenheit angehören. Gerade in der aktuellen Zeit sind unabhängige und kritische Medienberichte aber wichtiger denn je. Kurz nach der Neujahrswende sorgte ein Video von Ringier-CEO Marc Walder im Internet für Empörung. Im Video offenbarte Walder, dass er die Journalisten der Ringier-Gruppe angewiesen habe, in der Corona-Berichterstattung strikt auf Regierungskurs zu berichten. Es bleibt zu hoffen, dass die Medien, in diesem Falle die Ringier-Gruppe, weiterhin eine unabhängige und objektive Berichterstattung bieten. Keinesfalls dürfen Medien zum Sprachrohr einzelner Politiker oder Regierungen werden.

Kleinere Medienhäuser würden mit dem neuen Gesetz geschwächt. Bis anhin wurden nur Zeitungen bis zu einer Auflage von 40'000 Exemplaren subventioniert. Diese Grenze soll mit dem neuen Mediengesetz aufgehoben werden. Mit der Folge, dass auch grosse Zeitungen wie Blick, Tages-Anzeiger und NZZ von den Subventionen profitieren würden. Im Jahr 2020 sind rund ein Fünftel der Fördergelder den drei grössten Medienkonzernen zugesprochen worden. Das sind die Tamedia, CH Media und Ringier. Dies, weil sie auch kleinere Zeitungen und Zeitschriften im Angebot haben und somit von tiefen Auflagen profitierten. Mit der Aufhebung der Grenze für die Auflagestärke dürfte sich dieser Anteil, gemäss Bundesrätin Sommaruga, auf rund einen Drittel der Gesamtsubventionen erhöhen. Oder anders gesagt: Die drei grössten Medienkonzerne würden zukünftig mit rund 60 Millionen Franken Steuergeld alimentiert. So zeigen Berechnungen des K-Tipp, dass alleine die Tages-Anzeiger-Gruppe, die zurzeit 22 Zeitungen und Zeitschriften herausgibt, mit 17.3 Millionen Franken pro Jahr unterstützt würde. Und dies, obwohl diese Konzerne Jahr für Jahr hohe Gewinne erzielen und jährlich Millionenbeträge an Dividenden auszahlen.

Letztlich werden vom Gesetz Gratiszeitungen, wie zum Beispiel regionale Anzeiger oder die Coop-Zeitung von den Subventionen ausgenommen. Die Folge wäre ein journalistischer Einheitsbrei der Grosskonzerne. Kleinere Verlage würden auf Dauer eingehen.

Aus den genannten Gründen und um die kleineren und regionalen Medien zu unterstützen, stimme ich am 13. Februar NEIN zum neuen Mediengesetz.

Hans Küng, Kantonsrat

Pelafen AG

- Fenster
- Türen
- Innenausbau
- Baumaterial

Peter Langenegger
Mühlegasse 36
6340 Baar
Tel. 041 769 70 90
Fax 041 769 70 91
www.pelafen.ch

Werden Sie SVP-Mitglied

Möchten Sie sich ebenfalls politisch engagieren? Werden Sie Mitglied der SVP Baar! Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite **www.svp-baar.ch** oder wenden Sie sich an unseren **Präsidenten Adrian Rogger:**
Tel. 079/797 12 69 oder
a.rogger@bluewin.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische, gemeinnützige und amtliche Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.

Neues aus der Zuger Politik

Nein zur Links-Grünen Verbotskultur

Die Linken und Grünen können das Verbieten und Bevormunden einfach nicht sein lassen. Mit einem Postulat im Zuger Kantonsrat fordern sie, dass das Ernährungsangebot in den Kantinen und Cafeterien der kantonalen Schulen und der Verwaltung ökologischer wird. Weniger Fleisch, keine Flugware, mehr Bio, so die Forderung. Die SVP lehnt dies ab. Auch beim Konsum von Lebensmitteln steht für die SVP die Eigenverantwortung im Zentrum. Es steht in der Freiheit jedes Einzelnen, sich so zu ernähren, wie er oder sie es möchte. Was eine gesunde und verantwortungsvolle Lebensweise ist, muss nicht via Gesetz vorgeschrieben werden. Es ist schlicht keine Staatsaufgabe, die Menupläne von Kantinen zusammenzustellen und zu überwachen.

SVP fordert Gebührensenkungen beim Strassenverkehrsamt

Mit einem Postulat fordert die SVP-Fraktion im Zuger Kantonsrat die Regierung dazu auf, die Gebühren des Zuger Strassenverkehrsamtes zu senken. Die Forderung bezieht sich insbesondere auf das Ausstellen des Führerausweises im Kreditkartenformat. Dieser Service ist im Kanton Zug teurer als anderswo. So kostet ein Führerausweis in Zug 50 Franken. In Luzern sowie Ob- und Nidwalden kostet der Ausweis 45 Franken. In Zürich und im Kanton Aargau sogar nur 35 Franken. Und mit 30 Franken ist der Ausweis im Kanton St. Gallen knapp halb so teuer wie in Zug.

Eine Gebührensenkung drängt sich insbesondere auf, weil die Ausweise seit dem 1. Dezember 2021 nicht mehr in den Strassenverkehrsämtern der jeweiligen Kantone hergestellt werden. Die Produktion erfolgt neu extern und schweizweit zentral. Unterschiede in der Gebührenhöhe sind deshalb nicht mehr gerechtfertigt. Zumal das Zuger Strassenverkehrsamt gemäss Preisüberwacher Stefan Meierhans einen zu hohen Kostendeckungsgrad ausweist.

Ausländeranteil in Baar erreicht Rekordwert

Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung so hoch wie aktuell. Per Ende 2020 betrug der Ausländeranteil in der Gemeinde Baar 30.50 Prozent. Dieser hohe Ausländeranteil stellt auch unser Schulsystem vermehrt vor Belastungsproben. «Kulturvermittler» an Orientierungsabenden sind genauso an der Tagesordnung wie Dolmetscher an Elterngesprächen. Die diesbezüglichen Kosten tragen aber nicht die betroffenen Eltern, sondern die Baarer Steuerzahler. Die SVP setzt sich dafür ein, dass fremdsprachigen Eltern die Dolmetscherkosten in Rechnung gestellt werden, wenn sie die Dolmetscherdienste Jahr für Jahr in Anspruch nehmen. Damit wird die Eigenverantwortung im Hinblick auf das Erlernen der deutschen Sprache und der Integration gestärkt.

SERVICE & REPARATUR VON ALLEN MARKEN

Nutzfahrzeuge
Anhänger
Personenwagen

Risi Service AG
Gulmmatt
6340 Baar

risiserviceag.ch
info@risiserviceag.ch
041 766 99 55

RISI Service AG

Die SVP – seit jeher die richtige Partei für mich

Ist die SVP immer noch die richtige Partei? Eine sonderbare Titelvorgabe, diese Frage, aber leicht zu beantworten: Selbstverständlich und aus guten Gründen! Ja, die SVP ist immer noch die richtige Partei. Wer sonst setzt sich verlässlich und konsequent für die Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz ein? Für eine kontrollierte Zuwanderung ohne Preisgabe unserer Werte? Für eine starke Armee? Für mehr Privat statt mehr Staat? Dafür, dass die Bürger vom Staat in Ruhe gelassen werden? In welcher Partei sind die Politiker gehalten, eher Nein zu sagen als dauernd Pläne zu entwickeln, wie der Staat seine Bürger auch noch «beglücken» könnte? Ich kann keine andere Partei nennen. Deshalb: Die SVP ist immer noch die richtige Partei – ganz sicher für mich und hoffentlich für möglichst viele Zugerinnen und Zuger.

Ich versuche, die Frage der SVP Baar aus Perspektive eines Exponenten zu vertiefen, der über die letzten 15 Jahre an verschiedenen Stellen für die SVP des Kantons Zug im Einsatz stand und steht: als Kantonsrat, kantonaler Parteipräsident und Regierungsrat.

Als Kantonsrat – und erst recht als Parteipräsident! – versucht man seine Partei bzw. deren Positionen zu profilieren. Man hebt die Differenzen zu den Positionen anderer Parteien hervor. Dafür braucht es Programmatik (ich sage immer: einen guten politischen «Kompass»), fundierte Dossierkenntnisse, taktisches Gespür und ein wenig Mundwerk. Man agiert in der Öffentlichkeit, und deshalb ist die Profilierung wichtig. Im Idealfall kann man sich mit den eigenen Forderungen durchsetzen; wo man unterliegt, hat man den Kompromiss in die eigene Richtung gelenkt. Und wenn man ganz untergeht, ist immerhin allen klar geworden, dass man nicht einverstanden ist. In der Parteipolitik und im Parlamentsbetrieb gibt es mit der richtigen Haltung auch abseits der Mehrheiten etwas zu gewinnen.

Das ist im Regierungsrat ganz anders. Der Regierungsrat ist eine Kollegialbehörde und tagt ausserhalb der Öffentlichkeit. Das heisst aber nicht, dass im Regierungsrat politische Eunuchen sitzen würden. Das wäre sogar falsch. Für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist die Parteizugehörigkeit ein ganz wesentliches Wahlkriterium. Sie wollen wissen, wer politisch wo steht. Jedes Mitglied des Regierungsrats hat eine Doppelrolle. Man ist einerseits Vorsteher der eigenen Direktion und andererseits Mitglied einer politischen Behörde. In der Kollegialbehörde Regierungsrat ist man primär Politiker. Dort beurteilt man die Geschäfte der Ratskollegen nicht nur anhand fachlicher Kriterien, sondern vor allem auch hinsichtlich der politischen Stossrichtung. Und in diesen Debatten – die viel kürzer sind als im Kantonsrat – helfen auch Dossierkenntnisse, Kompass, Instinkt und Rhetorik. Als Direktionsvorsteher ist man neben dem Politiker auch «Manager». Man muss die Verwaltung führen und kontrollieren. Zusätzlich kann man den eigenen politischen Geschäften frühzeitig die politische Ausrichtung geben. Allerdings müssen dabei immer auch die politischen Mehrheiten – im Regierungs- und im Kantonsrat – antizipiert werden. Profil und Anerkennung erarbeitet man sich im Regierungsrat somit weniger als Politiker, sondern vielmehr als Manager.

Fazit: Auch wenn ich mich als Regierungsrat parteipolitisch nicht gleich profilieren kann, behalte ich meinen Kompass. Die Parteizugehörigkeit der Regierungsräte ist auch für die Wählerinnen und Wähler wichtig. Und für mich ist die SVP seit jeher die richtige Partei.

Stephan Schleiss, Regierungsrat

Ofen- und Cheminéebau
Plattenbeläge
Natursteinarbeiten

PATRIK LANGENEGGER AG

6340 Baar, Telefon 041 761 33 12, www.patriklangenegger.ch

Blackout verhindern – SVP wählen!

Am 21. Mai 2017 stimmten wir an der Urne über die Energiestrategie 2050 ab. Vier Jahre davor löste ein Tsunami den Reaktorunfall in Fukushima aus. Überfallartig drängten grüne Ideologen Bundesbern zu neuen Energievisionen. Linke, Grüne aber auch Mitte und FDP propagierten den Ausstieg aus der Kernenergie bei gleichzeitiger Sicherung der Stromversorgung in der Schweiz. Die SVP bekämpfte die Energiestrategie 2050 als einzige Partei. Das NEIN-Plakat zeigte eine frierende junge Frau mit dem Titel «Mehr bezahlen und erst noch kalt duschen». Ernst genommen wurden die Argumente der SVP jedoch nicht. Vielmehr bezichtigten die Gegner und die Medien die SVP der Lüge und der Angstmacherei.

Und heute?

«Strom sparen – Das kommt bei einer Stromkrise auf die Schweizer Bevölkerung zu», «Strommangel: Bund ruft Firmen zum Sparen auf», «Tipps bei Strommangel – Könnten Sie eine warme Mahlzeit ohne Strom zubereiten?» oder «Bevorstehende Energiekrise – So sparst du jetzt am besten Strom». Dies waren Titel letzten Herbst in grossen Tageszeitungen.

Wie von der SVP vorhergesagt, steigen die Strompreise und die Sicherheit der eigenen Stromversorgung ist nicht mehr garantiert. So haben unter anderem die Netzbetreiber auf Anordnung der OSTRAL (Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen) kürzlich allen Grosskunden mitgeteilt, dass sie bei einer Strommangellange ihren Stromverbrauch einschränken müssen.

Im zuständigen Departement UVEK unter Leitung von SP-Bundesrätin Sommaruga und vorher Bundesrätin Leuthard (Mitte, ehedem CVP) wird seit Jahren unprofessionell gearbeitet: Atomausstieg, CO_2-Reduktion, weg von fossilen Brennstoffen, hin zu Elektromobilität. Doch weit und breit kein Plan, wie die Stromversorgung sichergestellt werden soll. Viel lieber sensibilisiert Bundesbern die Bevölkerung und die Wirtschaft für Engpässe bei der Stromversorgung und publiziert Ratgeber mit dem Titel «Lebensmittelzubereitung ohne Strom».

Die SVP hat wie so oft die richtige Lagebeurteilung vorgenommen. Leider folgte das Stimmvolk 2017 den Versprechungen der Mitte-Links-Koalition. Für uns Motivation genug weiterzumachen, zu hinterfragen, Fehler aufzudecken und uns künftig für die richtigen politischen Weichenstellungen einzusetzen.

Statt sich der wahren Probleme der Bevölkerung wie einer drohenden Strommangellage anzunehmen, beschäftigt sich Mitte-Links auch im Zuger Kantonsrat lieber mit Themen wie Klimanotstand, Nullemmissionszonen und irgendwelchen Aktionsplänen rund ums Klima. Phantastenpolitik, die niemandem etwas bringt und insbesondere der Versorgungssicherheit unseres Landes alles andere als zuträglich ist.

Bei den kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom 2. Oktober 2022 gilt deshalb: Wer gradlinige, ehrliche und konsequente bürgerliche Politik will, wählt SVP! Damit uns der Strom auch künftig nicht ausgeht.

Michael Riboni, Kantonsrat

Volksabstimmung vom 13. Februar 2022

Volksinitiative «Ja zum **Tier- und Menschenversuchsverbot** – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt»	**Nein**
Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» **(Tabakwerbeverbot)**	**Nein**
Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelabgaben **(Stempelabgabengesetz)**	**Ja**
Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien **(Mediengesetz)**	**Nein**

www.svp-baar.ch

Liken und folgen Sie uns auf Facebook facebook.com/SVPBaar/

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Volkspartei SVP Baar, Postfach 1607, 6341 Baar **Redaktion:** Adrian Rogger (Parteipräsident), Michael Riboni, Hans Küng, Stephan Schleiss **Photos:** zvg **Auflage:** 13'000 Exemplare in alle Briefkästen der Gemeinde Baar verteilt
© 2022, SVP Baar Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Spenden:
Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende, damit wir uns weiterhin für eine unabhängige und sichere Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben einsetzen können. Besten Dank. Bankverbindung SVP Baar: Credit Suisse AG, IBAN Nummer: CH81 0483 5094 0889 3100 0 oder via unseren TWINT Account: +41 79 940 95 09.